

FAZIT zu Studie über die Emissionen von Feuerwerken in Österreich

Die von der Wirtschaftskammer Österreich in Auftrag gegebenen Studie basiert auf empirischen Daten, die aus realen Messungen stammen, die in Deutschland durchgeführt wurden. Alle vorherigen Aussagen zum Thema Feinstaubemissionen stützen sich hauptsächlich auf Schätzungen, und die zu Grunde liegenden Daten stammen größtenteils aus Deutschland bzw. aus der Schweiz.

Als Ergebnis der Messungen, die in Deutschland durchgeführt wurden, wurden Emissionsfaktoren für Feinstaub (PM₁₀) und Kohlenstoffdioxid (CO₂) gebildet.

Diese Faktoren wurden in der Studie mit den für den österreichischen Markt erhobenen Daten der Einfuhrmengen an Nettoexplosivstoffmasse (NEM) der Feuerwerke (Einfuhr minus Export minus Retouren, Klein- und Großfeuerwerk für das Gesamtjahr 2019) multipliziert, und somit die Jahresemissionen von Feuerwerken an Feinstaub (PM₁₀) und Kohlenstoffdioxid (CO₂) berechnet.

Für die Berechnungen wurden deshalb die Mengen an Nettoexplosivstoffmasse (NEM) herangezogen, da nur dieser Anteil des pyrotechnischen Gegenstandes für die Emissionen an PM₁₀ und CO₂ relevant ist.

Die Berechnungen der Studie haben gezeigt, dass die Emissionen, die durch die Feuerwerke in Österreich verursacht werden im Vergleich zu den, durch die Industrie, Haushalt, Verkehr, Landwirtschaft, usw. verursachten Gesamtemissionen im sehr geringen (PM₁₀) bzw. vernachlässigbaren (CO₂) Ausmaß vorliegen.

Bei Feinstaub (PM₁₀) beträgt der Anteil, der durch die Feuerwerke verursacht ist, im Vergleich zu der Gesamtemission 0,28%, bei Kohlenstoffdioxid (CO₂) 0,0001%.

Es wurde somit eindeutig nachgewiesen, dass frühere Aussagen zu den Emissionen in Österreich, die aus den Feuerwerken stammen, um vielfaches zu hoch waren.

Quellenverweis: Studie: *Emissionen von Feuerwerken in Österreich*, Stand Oktober 2020, Auftraggeber Bundesgremium des Baustoff-, Eisen- und Holzhandels, Pyrotechnik- und Waffenhandel der WKÖ, durchgeführt von TMC - Technische Consulting GmbH, akkreditiertes Unternehmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Digitalisierung.